

DIE LINKE.

Fraktion im Kreistag der Wetterau

••••• ••••• **Wo bleibt der** ••••• ••••• **Zweckverband** ••••• ••••• **Wohnen?** •••••

••••• Angeblich kommt ja ein
••••• Zweckverband für den
••••• Wetteraukreis, der sich
••••• um Wohnungsbau küm-
••••• mert. Das kündigte Ex-
••••• Landrat Arnold an, bevor
••••• er zur OVAG wechselte.
••••• Dieser Zweckverband
••••• geisterte auch durch den
••••• Landratswahlkampf im
••••• März 2018: Eine kreis-
••••• eigene Wohnungsbau-
••••• gesellschaft sei leider
••••• nicht möglich aber mit
••••• einem Zweckverband
••••• könnte der Kreis bezahl-
••••• baren Wohnraum schaf-
••••• fen. Inzwischen hört man
••••• nichts mehr. Kommt der
••••• Zweckverband noch?
•••••

Weiter auf Seite 2

Lesen Sie auf Seite 3:

**Flopcenter:
1 Milliarde Euro
versemmelt**

Gesundheitszentrum Wetterau: Auf dem Weg zur Privatisierung?

Das Gesundheitszentrum Wetterau (GZW) soll in Bad Nauheim konzentriert werden. Investitionen in Höhe von 60 Millionen Euro sind geplant. Ob dann die kleinen Kliniken im Kreisgebiet noch erhalten bleiben, ist nicht sicher. Gleichzeitig laufen Verhandlungen für einen Zusammenschluss mit den Hochtaunus-Kliniken. Dazu kommt noch die Hessenkasse und der Wetteraukreis zieht Bad Nauheim über den Tisch. Stoff für einen Krimi!

Lesen Sie Seite 4



Frauenpower

Zur Landtagswahl am 28. Oktober 2018 kandidieren drei Frauen für DIE LINKE. in der Wetterau: Anja EIFechtali (Wahlkreis 25), Fatma Demirkol (Wahlkreis 27) und Gabi Faulhaber (Wahlkreis 26). Lesen Sie ein Interview auf Seite 6

Fortsetzung von Seite 1

Wo bleibt der Zweckverband Wohnen?

Es wird langsam Zeit, dass der Wetteraukreis in die Gänge kommt: Bis zum Jahr 2040 müssen 24 200 neue Wohnungen entstehen. Fachleute fordern für die nächsten zehn Jahre den Bau von 1900 neuen Wohnungen jährlich!

Mitte Juli berichtete die Wetterauer Zeitung, dass im vergangenen Jahr 1428 Neubauwohnungen entstanden sind. Das ist gar nicht so schlecht, könnte man denken.

Es geht aber nicht um irgendwelche Wohnungen oder gar Einfamilienhäuser. Gebraucht wird bezahlbarer Wohnraum. Günstige Mietwohnungen, Sozialwohnungen und altersgerechte Unterkünfte, die sich auch Menschen mit einem Normaleinkommen oder Geringverdiener leisten können, sind nötig.

Also: Wann kommt der versprochene Zweckverband Wohnen?



Am 4. August 2018 fand in Friedberg das sechste Usagassenfest statt. DIE LINKE. Wetterau lädt immer am letzten Samstag in den Sommerferien zum Straßenfest ein. Bei Live-Musik wird getanzt, geplaudert, gegessen und gefeiert.

Öffentlich ist wesentlich!

Öffentlich-private Partnerschaften (PPP) sind teuer, untergraben unsere Demokratie und gefährden unsere Daseinsvorsorge. Das ist inzwischen landauf, landab bekannt.

Trotzdem entscheiden sich immer noch Kommunalpolitiker für PPP. Meist unter dem Druck unterfinanzierter kommunaler Haushalte. PPP ist immer Privatisierung. Für 25 oder 30 Jahre liegt eine öffentliche Aufgabe dann in der Hand eines privaten Investors. Die Kommunen mieten die Objekte und sind für den Vertragszeitraum zur Zahlung verpflichtet. Egal was geschieht. So zahlt z. B. die Stadt Lei-

men für ein geschlossenes Schwimmbad.

Die Privaten verfassen die Verträge und sichern so über lange Zeit die eigenen Interessen. Nach 30 Jahren ist das Objekt meist völlig heruntergewirtschaftet.

Dann verbleiben der öffentlichen Hand die Sanierungskosten. Die privaten Gesellschaften haben oft nur geringes Eigenkapital und können nicht auf Schadensersatz verklagt werden.

Folge 13:



1 Milliarde mehr für Bürokratie

Hartz4-Empfänger/innen werden geprellt. Immer mehr Geld, das den Leistungsberechtigten zusteht, fließt in die Bürokratie der Jobcenter. 2018 werden es eine Milliarde Euro sein, die nicht zur Eingliederung von Arbeitslosen ausgegeben werden.

Eingliederung in den Arbeitsmarkt geschieht zum Beispiel durch Fort- und Ausbildung oder Trainingskurse. Dafür stehen im Bundeshaushalt 4,19 Milliarden Euro zur Verfügung - 258 Millionen Euro weniger als 2017. Bei den Betroffenen kommt ein großer Teil dieses Geldes nicht an. Die Jobcenter schaufeln seit Jahren hohe Millionenbeträge in ihre Verwaltung, die eigentlich zur beruflichen Eingliederung vorgesehen sind. 2018 werden so eine Milliarde Euro umgeschichtet!

Wer mit dem Jobcenter zu tun hat weiß, wie schwer es ist, eine gute Eingliederungsmaßnahme zu erhalten. Meistens erschöpft sich die Hilfe in einem Bewerbungstraining.

Auf der anderen Seite verwendet das Jobcenter viel Zeit und Energie darauf, Unterlagen mehrfach einzufordern. Es wird in den Krümmeln gesucht. Trotzdem sind die Bescheide häufig fehlerhaft, weil die abgegebenen Unterlagen nicht beachtet werden oder „verloren“ gehen.

Daran hat auch die elektronische Akte nichts geändert. Denn die Unterlagen werden nicht einfach im Jobcenter gescannt, sondern nach Köln geschickt. Dort scannt sie eine Firma und sendet alles nach Friedberg zurück.

Der Arbeitsaufwand der Bürokratie ist bei dieser Arbeitsweise enorm. Für die Betroffenen bedeutet es eine entnervende Gängelung und keine Hilfe.

Lebensversicherung unrechtmäßig angerechnet

Eine Frau, die Leistungen nach SGBII (Hartz4) erhält, bekam eine Lebensversicherung in Höhe von 7000 Euro ausgezahlt. Prompt kam Post vom Jobcenter Wetterau: Die Leistungen für die nächsten Monate würden eingestellt. Begründung: Die Auszahlung wird als Einkommen angerechnet. Bevor wieder Hartz4 gezahlt wird, müssten die 7000 Euro aufgebraucht werden.

Diese Entscheidung des Jobcenters ist jedoch rechtswidrig!

Das Bundesverfassungsgericht hat mit Urteil vom 10. 8. 2016 festgestellt, dass Kapitalversicherungen kein Einkommen sind, sondern als Vermögen gelten. Bis 7500 Euro werden einem Leistungsempfänger als Schonvermögen zugestanden.

Sind die Jobcentermitarbeiter/innen nicht gut genug ausgebildet?

GZW zentralisiert in Bad Nauheim

Das Hochwaldkrankenhaus in Bad Nauheim soll erweitert werden. Bis 2024 werden 60 Millionen Euro für Modernisierung, für eine Erweiterung des Bettenhauses und neue Operationssäle ausgegeben. Auch ein neues Parkdeck wird gebaut. Die Akutversorgung des GZW konzentriert sich dann in Bad Nauheim.

Das Bürgerhospital Friedberg bleibt kein Krankenhaus. Bisher wird unter Verschluss gehalten, was dort genau geplant ist.

Die Klinik in Gedern soll wohl bestehen bleiben. Das Krankenhaus Schotten schreibt oft rote Zahlen und erhält Zuschüsse vom Wetteraukreis. Die beiden Krankenhäuser sichern die Gesundheitsversorgung im Ostkreis. Über ihren Fortbestand wurde im Kreistag bereits nachgedacht: sie gelten als unrentabel.

Die schwarzgrüne Landesregierung unterstützt die Bildung großer Krankenhausverbände.

Fortsetzung von Seite 1

Gesundheitszentrum Wetterau: Auf dem Weg zur Privatisierung ?

Der Wetteraukreis war der Musterknabe unter dem Schutzschirm des Landes. Es wurde eifrig gekürzt, gestrichen und eingespart - besonders im sozialen Bereich. Nun kommt die vergiftete Belohnung: Aus der Hessenkasse - einem unzureichenden Investitionsprogramm des Landes - soll der Kreis 31 Millionen Euro erhalten.

Vergiftete Millionen

Voraussetzung ist allerdings, dass alle Kassenkredite abgelöst werden. Hier kommt das GZW ins Spiel. Denn der Kreis hat Kassenkredite von insgesamt 11 Millionen Euro an das GZW weitergeleitet. Das Geld diente dem Kauf der Diabetesklinik und dem Bau eines Facharzt- und Servicezentrums.

Darf man Kassenkredite weitergeben?

Es darf bezweifelt werden, ob dieser Kredittransfer rechters war. Laut Hessischer Gemeindeordnung können

Kassenkredite kurzfristig Liquiditätsengpässe überbrücken. Sie dürfen nicht weiterverliehen und langfristig eingesetzt werden.

Jetzt wird's brenzlig

Um an die Landesmillionen ranzukommen, will der Kreis dieses Geld nun zurück. Und das muss schnell gehen, sonst sind die Landesmittel verloren.

Das GZW hat keine Millionenbeträge flüssig. Was tun? Der frühere Landrat Arnold kam auf die folgende Idee: Der Wetteraukreis soll sein Stammkapital um 15 Millionen Euro erhöhen. Dann käme das GZW nicht in Finanzprobleme.

Der zweite Gesellschafter des GZW - Bad Nauheim - kann da nicht mithalten. Ein solcher Betrag würde die Stadt massiv verschulden.

Geld oder Leben!

Nun setzte der Wetteraukreis der Stadt Bad Nauheim die Pistole auf die Brust: Geld her oder wir



übernehmen die Anteile der Stadt am GZW.

Das kann man machen, wenn die Stadt einen entsprechenden Preis dafür bekommt. Aber stattdessen wurde bei der Wirtschaftsberatungsgesellschaft Pricewaterhouse Coopers (PWC) ein Gutachten in Auftrag gegeben, das den Vermögensanteil Bad Nauheims ganz offensichtlich herunterrechnet. Denn der Wetteraukreis geht von einer sehr geringen Kaufsumme aus. Genaues weiß man nicht.

Geheimgutachten

Das Gutachten liegt zwar vor, wird aber geheim gehalten. Die Stadtverordneten und Kreistagsabgeordneten, die über die Änderungen beim GZW abstimmen sollen, kennen es nicht! Als die FWG/UWG-Kreistags-

fraktion Einsicht beantragte, wurde das abgelehnt. Begründung: Es handle sich um sensible Daten, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Die Abgeordneten sollen jetzt einer Blackbox zustimmen! Und das Schlimme ist: Die Mehrheit wird das tun!

Ein Weg zur Privatisierung

Gleichzeitig verhandelt man mit den Hochtaunus-Kliniken wegen einer Fusion. Es ist mehr als zu befürchten, dass diese Verhandlungen eine Entwicklung hin zur Privatisierung eröffnen werden. Wenn man sich Bad Nauheim als Bremse vom Hals schafft, kann der Wetteraukreis allein entscheiden. Und die Hochtaunus-Kliniken sind für Privatlösungen bekannt.

Das GZW ist ein Verbund von 14 Kliniken und Gesundheitseinrichtungen. Diese verteilen sich auf die Standorte Bad Nauheim, Friedberg, Nidda /Bad Salzhausen, Schotten, Gedern und Bad Vilbel. Für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung ist das GZW sehr wichtig.

Das GZW wird von zwei Gesellschaftern getragen: dem Wetteraukreis und der Stadt Bad Nauheim. Deshalb müssen Kreistag und Stadtverordnetenversammlung zustimmen, wenn die Geschäftsziele, die Gesellschaftsform oder die Höhe des Stammkapitals geändert werden sollen.

Mehr Einfluss haben die Volksvertretungen bei diesen so genannten Beteiligungsgesellschaften nicht. Natürlich gibt es einen Aufsichtsrat. Aber der ist so klein gehalten, dass nur große Parteien eine Chance haben hinein zu kommen.

Mit der demokratischen Kontrolle ist es nicht weit her!



Gabi Faulhaber, 65 Jahre, Kreistagsabgeordnete der Linken, Abgeordnete beim Landeswohlfahrtsverband, Landtagsabgeordnete, Lehrerin im Ruhestand. Kandidatin im Wahlkreis 26, Ost-Wetterau

Warum kandidiert ihr für DIE LINKE. hier im Wetteraukreis?

Anja ElFechtali: Ich möchte die Politik der Linken bekannter machen. DIE LINKE ist die einzige Partei, die unbeirrt für soziale Gerechtigkeit eintritt. Das ist mir sehr wichtig!

Fatma Demirkol: Ausländerfeindlichkeit und rechte Hetze nehmen derzeit zu. Dagegen möchte ich etwas tun. DIE LINKE ist dafür die richtige Partei: Sie steht für Völkerfreundschaft und gegen Rassismus.

Gabi Faulhaber: Ich habe

Wir brauchen das Geld für Bildung, Gesundheit, Sozialwohnungen und den Nahverkehr - nicht für Aufrüstung !

Am 28. Oktober 2018 ist in Hessen Landtagswahl. Gehen Sie wählen: Denn wer in der Demokratie schläft, wacht in der Diktatur auf.

schon öfter für DIE LINKE kandidiert. Sie ist konsequent für Abrüstung, gegen Waffenexporte und Krieg.

Aber Krieg ist kein Landesthema...

Gabi Faulhaber: Ja, das stimmt schon. Für Außenpolitik ist der Bundestag zuständig. Aber wenn die Pläne umgesetzt werden und der Rüstungsetat verdoppelt wird, fehlt das Geld für Bildung und soziale Aufgaben. Deshalb bin ich der Meinung, dass sich auch Landes- und Kommunalpolitiker/innen für Abrüstung einsetzen müssen!

Ihr sprecht von einer Verdopplung des Rüstungsetats. Wie meint ihr das?

Fatma Demirkol: Zur Zeit gibt Deutschland 41 Milliarden Euro für Rüstung aus. Die USA verlangen eine Erhöhung von den NATO-Staaten. Deutschland würde dann 75 Milliarden für Militär ausgeben. Das ist mehr als Russland!!



Fatma Demirkol, 46 Jahre, Vorsitzende des kurdischen Vereins PirDer, Sekretärin. Sie vertritt DIE LINKE im Wahlkreis 27, Wetterau Nord

Gabi Faulhaber: In Hessen müssten viele Schulbauten saniert werden. Bis 2030 werden 22.000 Lehrer/innen zusätzlich gebraucht. Doch die Ausbildungskapazitäten dafür fehlen. Inklusion und Ganztagsangebote laufen als Sparprogramme. Glaubt wirklich jemand, man sollte das Geld für Aufrüstung verschwenden?

Für die Kinderbetreuung hat die Landesregierung jetzt aber Geld ausgegeben: Sechs Stunden Kita sind beitragsfrei.

Anja ElFechtali: Das ist ein Wahlgewinn, weil derzeit die Einnahmen des Landes gut sind. Doch Tatsache ist auch, dass die Kommunen einen erheblichen Teil der nötigen Finanzmittel beisteuern müssen. Die Landespauschale von 136 Euro pro Kind reicht nicht aus. Und wenn man den Artikel zum GZW liest: Auch für die Gesundheitsversorgung muss das Land mehr tun. Mir ist aber noch ein anderer Punkt wichtig: Es muss dringend in den sozialen Wohnungsbau investiert werden. Derzeit werden ja wieder mehr Wohnungen gebaut...

Anja ElFechtali: Das ist zu wenig. Meist werden teure Wohnungen gebaut. 51.000 Hessen haben Anspruch auf eine Sozialwohnung. Der Bestand an Sozialwohnungen ist in den letzten 20 Jahren von 177.545 auf 85.000 zurückgegangen. Lediglich 1600 neue Sozialwohnungen wurden 2017 gebaut. Hessen braucht ein Investitionsprogramm für bezahlbaren Wohnraum!



Anja ElFechtali, 44 Jahre, Kreistagsabgeordnete der Linken, Stadtverordnete in Friedberg, Haushälterin. Kandidatin im Wahlkreis 25, Wetterau Süd.

Friedensrechner

**225 Leopard 2 - Panzer =
ca. 520 Kindertagesstätten**



**140 Eurofighter =
ca. 3 200 Pflegeheime**



**40 Kampfhubschrauber =
ca. 2 400 Sozialwohnungen**



